

Die „Vorber“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 1,20 M. im voraus zahlbar. Für den Rest des Reichs und für die Auslandsendungen sind die Postgebühren einzuschließen. Die Redaktion und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 26.

Die achtseitige Monatshefte über den Kampf um die deutsche Demokratie, die „Vorber“ erscheint monatlich. Der Bezugspreis beträgt 3,00 M. im voraus zahlbar. Die Redaktion und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 26. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Unaufhaltbarer Verfall

Eine Grabrede Paul Levis

Jeder, der die ebenso langatmigen wie einfältigen Stilübungen der Moskauer und sonstigen kommunistischen Zentralkomitees zu verfolgen gezwungen war, wird uns glauben, daß wir froh sind, diese langweilige und ermüdende Arbeit außerordentlich einschränken zu können. Die Kritik der kommunistischen Partei wird jetzt von den von ihr Ausgeschlossenen so gründlich und verlässlich besorgt, daß das für unsereinen eine außerordentlich dankenswerte Entlastung darstellt.

In seiner Zeitschrift „Unser Weg“ — ein Teil seiner Weggenossen hat ihn freilich schmählich und verächtlich im Stich gelassen — gibt Paul Levi, der frühere Vorsitzende der K. P. D. zu ihrem Parteitag ein Geleitwort mit, das immerhin beachtenswert ist. Die Kritik ist scharf, aber die Schärfe dieser Kritik ist hervorgerufen durch die tiefe Enttäuschung, die die Entwicklung der Partei ihrem Führer bereitet hat. Levi sieht die Vergangenheit der K. P. D. auch heute noch in einer, unserer Meinung nach, viel zu günstigen, historisch falschen Beleuchtung. Er möchte auch, wenn auch bereits fast verzweifelt, an dem Grabe nochmals die Hoffnung aufpflanzen. Aber gerade weil Levi mit dem Kommunismus theoretisch und politisch so innig verwachsen war, wird seine Kritik um so unwiderleglicher.

Levi bespricht zunächst nochmals das Verhalten der K. P. D. während des Märzputsches und die famose Offensivtheorie, die zur Begründung des Putschs gedient hat. Er sagt darüber:

„Die Offensivtheorie ist — wir haben das schon früher gesagt — in keinem deutschen Schädel entstanden. Sie wurde nach Deutschland mitgebracht als ein Reflexprodukt aus Kreisen — wie man offiziell sich ausdrückt — die dem kleinen Bureau der Exekutive nicht allzu fern stehen. Die deutschen Zentralmitglieder waren nur die Trottler, sie unbedenken annehmen. Aber mit der linken Inbrunst, mit der sie im März in Deutschland die Köpfe der Partei für die mitgebrachte Theorie, hielten sie im Juxte in Moskau — mit Respekt zu sagen — den Hintern hin, um sich für die Theorie verbieten zu lassen, zum Teil auch noch von denen, die die Theorie mit hierher geschickt hatten. O die große Komödie! Aber sie mußten nicht, sie hielten „in guter Ruhe wie's kämmelein unterm Messer“ und meinten, wie jenes verliebte Mädchen, „je weber, desto besser“. Diese Partei hat sich zusammenschließen, sich die subjektiven Voraussetzungen für eine Revolution nicht geschaffen. Es wäre Rosen von der Dialektik verlangen, wenn man sie erwartete.“

Levi zeigt dann kurz, wie alle Erwartungen der Kommunisten auf den ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus und auch auswärtige Katastrophen, auf die ihre ganze Politik eingestellt war, völlig getrogen haben. Er verlangt deshalb — es wird völlig erfolglos sein — eine Änderung des kommunistischen Taktik. Die Kommunisten sollen aufhören mit der Parole „Moskau oder Amsterdam“, die Geschicklichkeiten spalten zu wollen; sie sollen mit falschen Zahlen werben gegen die anderen Arbeiterparteien halbwegs anständig führen. Sie müßten verstehen, daß ihre bisherige Taktik verwerflich gewesen ist. „Die Kommunisten sitzen am Rand des Abgrundes; die Isolierung ist keine glänzende.“ Dann schließt Levi den gegenwärtigen Zustand der Partei:

„Die Kommunisten hatten in Deutschland einmal die Homogenität (Einheitsfront) ohne die Zahl, etwa von Heidelberg bis zur Rheinmündung mit der linken U. S. P., dann die Zahl ohne die Homogenität, nach der Verschmelzung. Die Herstellung der Homogenität war die wichtigste Aufgabe, die von jenem Apostel übernommen wurde, der die deutschen Kommunisten Offensivtheorie ihren zeigen wollte, wie man's macht. Der Erfolg ist: Die Homogenität mitläuft der Zahl im dem Teufel, und die U. S. P. ist heute wieder in dem Zustand der K. P. D. in den schlimmsten Zeiten der Heidelbergs.“

In welchen äußeren Umständen kommt die Partei in diesen Zustand? Die alte kommunistische Partei war an Zahl klein, aber wir glauben, niemand verlagte ihr eine gewisse Achtung ab. Der jetzigen kommunistischen Partei ist das schlimmste geschehen, was einer politischen Partei geschehen kann: man nimmt sie nicht mehr ernst. Die alte kommunistische Partei hatte direkte Beziehungen in weiten proletarischen Kreisen außerhalb ihrer Partei, die großen Massen der U. S. P. bewachten sich auf sie zu. Die jetzige kommunistische Partei hat vieles günstige Erwankensfeld nicht mehr. Zu ihr haben alle Proletarier, rechts und links, herunter und nicht hinauf. Die großen Kämpfe, die damals die große Massenbewegungen und wegen der Besonderheit der Kampffront der Kommunisten in der Entwicklung begünstigten, sind vorüber: neue Kämpfe kann die K. P. D. nur in der Form einer proletarischen Kampffront führen, sonst scheitert sie abwärts.

Sind so die Voraussetzungen für die zahlensmäßige Ausdehnung der K. P. D. weit ungünstiger, so sind es die für die innere Konsolidierung (Zentralisierung) erst recht. Große Aufgaben, die die K. P. D. hätte lösen müssen, hat sie der U. S. P. einerseits, ja der K. P. D. andererseits überlassen. Die ideologische Basis für die Konsolidierung ist nicht ein klarer Satz, sondern ein flüchtiger Kompromiß, der an Torheit keineswegs leidet. Die Zentralkomitee war der Ruin für die K. P. D.: darin ist sich heute in der K. P. D. fast alle einig. Und weil sich darin alle einig ist, wird eine Einigungsformel gefunden, die mit den Worten beginnt: die Zentralkomitee war ein Schritt vorwärts. Nun wohlan: war die Zentralkomitee ein Schritt vorwärts, so wäre man

Deutsch-amerikanischer Friedensvertrag

Eine amtliche Bestätigung

Washington, 23. August. (Neuer.)

Die erste amtliche Bestätigung der Berliner Verhandlungen, wounch Verhandlungen über einen deutsch-amerikanischen Vertrag schweben, kam heute aus dem Staatsdepartement. Es wurde zugegeben, daß die Verhandlungen auf Ersuchen der Vereinigten Staaten geheim geführt werden, und hinzugefügt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht der Ansicht sei, daß solche Verhandlungen öffentlich in vorläufiger Weise geführt werden könnten. Eine endgültige Verlautbarung könne, so wurde mitgeteilt, vor dem Wochenende erwartet werden.

EE. Paris, 24. August.

Der „Chicago Tribune“ wurde gestern aus Washington telegraphiert: Nach einer Kabinettsitzung wurde gestern die erste autoritative Erklärung bezüglich der Natur der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland abgegeben. Es wird bekannt, daß ein vollständiger Friedensvertrag zu erwarten sei, der alle Maßnahmen für die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den beiden Völkern voraussetze.

Gegen das Horthyregime in Baranya

In einem beachtenswerten Artikel wendet sich die „Germania“ gegen den angeblich „christlichen Kurs“ in Ungarn, der in den letzten Tagen auch einen Vorstoß gegen die kleine Republik Baranya unternommen hat und die Bevölkerung dieses Gebietes mit denselben Segnungen bedroht, denen das ungarische Volk seit nunmehr zwei Jahren ausgesetzt ist. Vollkommen zurecht sagt die „Germania“, daß es die Militärdiktatur ist, die dem gegenwärtigen System in Ungarn den Stempel aufdrückt und eine Reaktion regiert. Gegenüber der allem Anschein nach die eigentliche Horthyregierung der Republik Baranya teilt das Zentrumsorgan folgende ihm vorliegende Äußerung eines ungarischen geistlichen Würdenträgers mit:

„Die Ausrufung der Republik Baranya ist lediglich eine Folgeerscheinung der gegenwärtig in Ungarn herrschenden Zustände. Die Arbeiterklasse und nicht zuletzt auch das demokratisch geführte Bürgertum will von Horthy und seiner Methode absolut nichts wissen. Ganz Ungarn steht, das steht auch der Blindste da, vor einem neuen blutigen Bürgerkrieg. Nur ein Wunder kann ihn verhüten. Ob Horthy, der ja nur Plaghalter für den König sein soll, ein durchaus christliches Spiel treibt, will ich offen lassen. Fest steht auf jeden Fall, daß sein Wirken Ungarn nicht zum Segen gereicht und wohl auch nicht gereichen wird.“

nicht, den zweiten zu tun. War die Märzaktion ein Verbrechen, so sage man es, auf daß jeder wisse, wozu er ist. Dann ist es klar. Das Verbrechen hat nicht zugelassen, es zu tun. So leidet die K. P. D. an einer offenen Krise — denn der Kompromiß umringt nicht alle — und an einer verhängnisvollen Krise. Es soll Menschen geben, die Kräfte verschlucken können; aber sie sind selten, und selbst ein von Gott gesandter Mann wie Lenin wieder aus. Daß eine Partei eine solche verhängnisvolle Krise überleben — gar in diesen äußeren und inneren Umständen —, das zu denken ist unerhört. Und wie soll die Partei, die sich selbst keine Wahrung gibt, die Ideologie ins Hintertreffen gekommen ist, selbst gegenüber der K. P. D. ihre Anhänger zu konkreter kommunistischer Arbeit, zur langsame geistigen Eroderung der Massen bringen, wo man ihnen sagt, es gäbe ja einen kürzeren Weg. Die Märzaktion war der erste Schritt, ein Schritt vorwärts. Wer der kommunistischen Partei rief, einen solchen Kompromiß einzugehen, der rief ihr, Gift zu nehmen, der kann keine feste Meinung gehabt haben, nicht von der rechten und nicht von der linken.

Und darum müssen wir ein unglückseliges Horoskop (Wortauslegung) stellen. Der schönsten politischen Aufgaben die Fälle; zum erstenmal konnte eine kommunistische Partei Massen im Zeichen der sozialen Revolution in den politischen Kampf führen und ihre Kräfte messen an einer sozialreformistischen Partei, die an Geschlossenheit, Klarheit in ihrem Sinne und Einheitslichkeit in ihrem Sinne nichts gleiches hat. Die deutsche Revolution, hat sie nichts gebracht, konnte dem deutschen Proletariat diese Partei bringen. Die Strategien der Märzaktion haben es anders gewollt. Jetzt ist die K. P. D. an Mitgliederzahl zerrieben und ideologisch ein Trümmerhaufen. An die Stelle des Verlusts zum Wiederaufbau trat der Kompromiß, die Beilegung des Zusammenbruchs. Die Zahl derer, die befallen haben, was, was sie hatten, ist gering geworden. Vielleicht wird es kommen, und wenn nicht Wunder geschehen, wird es so kommen, daß die kommunistische Partei das Schicksal des Tarifflusses haben wird, jenes Flusses in Zentralasien, der mit vielen Wässern aus dem Gebirge kommt, groß und kraftvoll, aber nie das Meer erreicht. Er zerfließt in der tibetischen Steppe, als wäre es nie gewesen. Dann hat das Schicksal dem deutschen Proletariat das Geschenk der großen proletarischen revolutionären Partei, die so einheitlich revolutionär, wie die Sozialdemokratie reformistisch ist, versagt.

Dann wird man eine große Arbeit von neuem anfangen müssen, unter neuen Umständen, unter neuen Verhältnissen, aber im alten Glauben.

Wenn es noch einer Antwort bedürft hätte, so gibt der schmähliche Verlauf des Parteitages der K. P. D. auf die

Aus alledem, bemerkt die „Germania“ hierzu, geht hervor, daß heute in Ungarn von einem „christlichen Kurs“ nicht die Rede sein könne. „Was dort die Politik bestimmt, ist das Militär, das keinerlei Eifer in der Befolgung christlicher Grundsätze an den Tag legt, sondern sich allein darin gefällt, seine „unerbittlich niederfallende Faust“ drohend über dem Lande zu halten.“ Das ist vollkommen richtig, und es wäre nur zu wünschen, daß die regierende Zentrumsparlei schleunigst die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zieht und auch ihrerseits den Kampf gegen das Horthyregiment aufnimmt, das nicht nur Ungarn mit einem neuen blutigen Bürgerkrieg bedroht, sondern auch eine fändige internationale Gefahr darstellt.

Verfassungsänderung in Ungarn

Das gestern gemeldete Verbot der republikanischen Partei in Ungarn bildet die Einleitung zu tiefgreifenden Verfassungsänderungen, die die bereits herrschende Reaktion in Ungarn nun auch gesetzlich sanktionieren sollen. Wie die „Ungarische Korrespondenz“ aus Budapest erzählt, wird der Nationalversammlung bei ihrem Zusammentritt nach den Sommerferien der Gesetzentwurf der Verfassungsänderung vorgelegt werden. Nach diesem Gesetzentwurf soll das Parlament künftig aus dem Magnatenhaus und dem Abgeordnetenhause bestehen. Die jetzige Nationalversammlung erklärt sich als Abgeordnetenhause und verlängert ihre Mandatsdauer bis zum Jahre 1923. Das Magnatenhaus geht nach dem bereits bekannt gegebenen Schema aus Erneuerungen und berufsständischen Wahlen hervor. Gleichzeitig soll die Staatsform Ungarns als Monarchie deutscher hervorgehoben werden, als es im jetzigen Wortlaut der Verfassung der Fall ist.

Dieser Entwurf wird das Entzücken aller politischen Reaktionen erregen. Während man überall in Europa, bei Siegern wie bei Besiegten, Monarchien wie Republiken, die bestehende Verfassung demokratischer gestaltet, um nicht zurückzufallen hinter den großen Umwälzungen, die Krieg und Revolution hervorgerufen haben, lehrt Ungarn zur schwärzesten Reaktion zurück. Magnatenhaus — das bedeutet Oberherrschschaft des magyarischen Feudaladels, Entziehung und Anechtung der Arbeiter und Kleinbauern. Verlängerung der bestehenden Nationalversammlung bis 1923, dieser Nationalversammlung, die unter unerbittlichem Terror gewählt wurde, an deren Wahlen die Sozialdemokraten und linken Republikaner sich nicht beteiligen konnten. Das bedeutet für das städtische und ländliche Proletariat Ungarns die politische Entrechtung auf Jahre hinaus. Kein Wunder, daß sich die Bewohner Pünkschens dagegen sträubten, diesem glorreichen Staatsweser einverleibt zu werden.

Mussionen Levis die endgültige Antwort. Unterdrückung jeder Kritik, Hinanwurf der Kritiker — und das alles wird behauptet von Leuten, die wider besseres Wissen handeln, die selbst überzeugt sind, daß die Kritiker und nicht sie im Rechte sind, die aber weder eigenen Willen noch eigene Überzeugung mehr haben, weil sie sich bedingungslos in die Abhängigkeit der Moskauer Diktatoren begeben haben. Dieser ganze Parteitag ist ein schmachvoller Versuch der gesamten deutschen Arbeiterklasse und eine nichtwürdige Vergewaltigung der Mitglieder der kommunistischen Partei selbst.

Das zeigt die Art, wie dieser Parteitag „gemacht“ worden ist. Unser Düsseldorf-Parteiblatt teilt über die Wahl der Delegierten in den rheinischen Ortsgruppen einiges mit. Zunächst gab die Zentrale — die Regie des famosen Stoeder ist unverkennbar — brieflich die geheime Anweisung, keinerlei Versammlungen über den Parteitag mehr einzuberufen, dagegen die Delegierten auf illegalem Wege durch die Vorstände (!) der Ortsgruppen zu bestimmen. Als hinterher diese Anweisung der Mitgliedschaft in verschiedenen Orten doch zu Ohren kam, hat die Zentrale nachträglich bestimmt, die Wahlen der Form halber doch noch durch die Mitgliedschaft vornehmen zu lassen, jedoch dürften nur die vom Vorstand vorgeschlagenen Personen gewählt werden. Die Ortsvorstände wurden verpflichtet, dafür zu sorgen, daß nur Befürworter und Anhänger der Märzaktion auf die Vorschlagsliste kämen.

Man versteht die Einmütigkeit, die auf dem kommunistischen Parteitag herrscht. Aber man versteht nicht, daß sich noch anständige Arbeiter finden, die diesen Brüdern nachhaken und noch immer nicht einsehen, daß das, was sich heute kommunistische Partei nennt, nicht nur, wie Levi sagt, der Lächerlichkeit verfallen, sondern auch der Verachtung und Schande überliefert ist. Nicht eine Erneuerung der kommunistischen Partei, sondern nur die Erstarbung der unabhängigen Sozialdemokratie wird der deutschen Arbeiterklasse die große proletarische revolutionäre Partei geben, die sie vor den Niederlagen des Reformismus bewahren kann.

Ein neuer Zwischenfall

Quinones de Leon lehnt ab

Die bereits heute früh gemeldete Ablehnung des spanischen Botschafters in Paris, Quinones de Leon, die Berichterstattung über die oberösterreichische Frage vor dem Völkerbundsrat zu übernehmen, hat in Frankreich und England einige Überraschung hervorgerufen. Es ist sicher, daß der spanische Botschafter auf Weisung seiner Regierung gehandelt hat. Nach „Petit Parisien“ ist nach mehreren Besprechungen zwischen den in Paris anwesenden Mitgliedern des Völkerbundes ein Schritt bei Quinones de Leon unternommen worden, um ihn zur Zurücknahme seiner Ablehnung zu veranlassen.

Anlässlich der Ablehnung des spanischen Botschafters veröffentlicht die Agence Havas folgende Erklärung:

Welches auch die Beweggründe gewesen sind, die Quinones de Leon veranlaßt haben, die Berichterstattung über die oberösterreichische Frage abzulehnen, sie können in keiner Weise die Prüfung der Streitfrage irgendwie verzögern. Es ist überflüssig zu erklären, daß noch keinerlei Entscheidung über die Wahl eines Nachfolgers getroffen worden ist. Jeder Name, der im Augenblick hierfür genannt werden sollte, kann nur reine Erfindung sein. In diplomatischen Kreisen erklärt man, daß Quinones de Leon die Ablehnung von Quinones de Leon nicht als endgültig betrachtet.

Trotz des Dementis der Havasveröffentlichung werden doch Namen genannt, die als Nachfolger in Betracht kämen. Am häufigsten wird aus dem belgischen Vertreter im Völkerbundrat, Hymans, hingewiesen, außerdem auf den brasilianischen Vertreter da Cunha.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zu diesem Zwischenfall: „Die auf Veranlassung der spanischen Regierung erfolgte Weigerung des Senators Quinones de Leon, das Amt eines Berichterstatters für den Völkerbund in der oberösterreichischen Frage zu übernehmen, ist außerordentlich bedauerlich. Die Ablehnung ist wohl auf die „üblichen Andeutungen“ zurückzuführen, die in der deutschen Presse bezüglich der mutmaßlichen Haltung des spanischen Diplomaten erschienen sind und die die französische Presse zu scharfen Bemerkungen veranlaßt haben. Die spanische Regierung befürchtet am ehesten, daß sie sich durch eine Befreiung an der oberösterreichischen Grenzabzweigungsfrage Feindschaft zuzieht.“

Diese Ausführungen zeigen, wie schädlich die Schreibweise eines Teils der deutschen Presse wirkt. In der oberösterreichischen Frage ist von deutscher Seite die größte Zurückhaltung zu beobachten. Alle Mutmaßungen über die Haltung der einzelnen Vertreter des Völkerbundsrates sind zwecklos und nur geeignet, neue Verwicklungen zu schaffen.

Ein Konservativer

gegen die Intervention

Der bekannte konservative Politiker Professor Otto Hoehlich, der namentlich auf dem Gebiet der Ostfragen über solide Kenntnisse verfügt, schreibt am Schluß eines recht instruktiven Rückblickes über die letzte Phase der Entwicklung in Sowjetrußland in der heutigen Nummer der „Kreuzzeitung“:

„Die Sowjetregierung hält sich durch die Armees, also den Terror, durch ihr Beamtentum, also das Eigeninteresse, und durch die Agitation, also eine gewisse, schwächer werdende geistige Einwirkung mit Selbstüberhebung und Bluff. Aber es steht fest, daß Rußland kapitalistisch-feudalitärlich zu werden beginnt, mit einer Kauterregierung, die angeblich noch kommunistisch ist, und einer Hungersnot, der das Ausland entscheidende Hilfe schlechterdings nicht bringen kann. Das wesentliche in der Umwidmung des Bolschewismus und der Gefährdung muß das russische Volk selbst tun. Neben der Hilfe, die die Welt ihm überhaupt bringen kann, soll sie vor allem diese Umwidmung in Rußland nicht fördern durch Kreuzzugsgefahrten und Einmischungsversuche, von denen es immer noch nicht müde wird. Wenn Keeschowskij sagt: „Es ist so leicht, des

Bolschewismus Herr zu werden, etwa in einer bewaffneten Kontrolle der Großmacht“, so ist das der brüchigste und gefährlichste Rat, der Europa gegeben werden kann.“

Politisch am bedeutsamsten ist die scharfe Abfage des konservativen Politikers an den Interventionsgedanken, der in deutschnationalen militaristischen Kreisen, unter der Einwirkung der zahlreichen in Deutschland lebenden russischen Weisgardisten, noch immer sehr eifrig gepflegt wird. Die Katastrophopolitiker um Ludendorff, Reventlow und Wulle werden über diese entscheidende Abfage, die zugleich eine klärende Ohrfeige für ihre abenteuerlichen Pläne ist, nicht sehr erbaudt sein. Daneben ist es recht interessant, daß Professor Hoehlich bei der Charakteristik der Sowjetregierung, die Aufrechterhaltung der Macht durch die Armees mit dem Terror, durch Beamtentum, mit Eigeninteresse, und durch die Agitation, mit Selbstüberhebung und Bluff gleichsetzt. Diese Merkmale eines absolutistischen Regierungssystems sind nicht nur für Rußland charakteristisch. In den Smakten eines führenden deutschnationalen Organs bedeutet diese Kennzeichnung die denkbar schärfste Verurteilung dessen, was die rechtsstehenden Parteien, durch Wiederherstellung des alten kaiserlichen Deutschland, anstreben.

Die Hilfe für Rußland

Die Zersplitterung wird fortgesetzt

Die Gewerkschaftsabteilung der U. S. V. D. teilt in der „Roten Fahne“ mit, sie habe sich telephonisch mit unserem Genossen Rosenfeld in Verbindung gesetzt und erklärt, daß sie unter den beiden Bedingungen: Schaffung einer Kontrollkommission aus den drei Arbeiterparteien und „bedingungslos“ Ablieferung der Sammlungen an das Auslandskomitee zur Organisation der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland bereit sei, ihre eigene Sammlung einzustellen und sich an der Hilfsaktion der Gewerkschaften zu beteiligen. Daraus sei dem Zentralkomitee der U. S. V. D. bekannt gemacht worden, doch die U. S. V. D. ihre eigene Sammlung sofort einstellen sollte, währenddessen sei erneut an den U. S. V. D. heranzutreten, um eine Kontrollkommission, bestehend aus den drei Arbeiterparteien, zur Überwachung der eingehenden Gelder zu fordern. Diese Vorgänge seien für die Kommunisten unannehmbar, sie müßten auf bedingungsloser Ablieferung der Gelder an ihr Hilfskomitee und auf die Durchführung einer Kontrollkommission bestehen.

Im Zusammenhang damit steht eine heute in der „Roten Fahne“ veröffentlichte Erklärung des engeren Bureau des Moskauer Exekutiv, wonach die bürgerlichen Regierungen jetzt anfangen, ihre gegenrevolutionären „interventionistischen“ Absichten aufzugeben, und daß damit im Zusammenhange steht die schwankende Haltung der verschiedenen Parteien und Gruppen der U. S. V. D. „Internationale“. Die Hilfeleistung dürfe nur „durch eine spezielle interparteiliche Stelle, die von allen Arbeiterparteien eingeleitet werden sollte“, geschehen.

Diese Erklärungen sollen nur die Tatsache verschleiern, daß die Führer der Kommunisten auch weiterhin die Einheitslichkeit der Hilfsaktion für Rußland durch ihre parteiorganisatorische Eigenjüchigkeit fördern wollen. Die „interparteiliche“ Stelle, die von ihnen gewünscht wird, ist bereits da: die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Ihr gehören Mitglieder aller Arbeiterparteien an, und man kann sich keine geschlossenere Front des Proletariats vorstellen. Das „Auslandskomitee zur Organisation der Arbeiterhilfe“ aber ist nichts anderes, als eine Filiale der Moskauer Exekutive, und die von der U. S. V. D. geforderte bedingungslose Ablieferung der Sammlungen an diese Stelle würde nichts anderes bedeuten, als die Unterwerfung der ganzen Arbeiterklasse unter deren Kommando. Die Resolution der Moskauer Exekutive ist u. a. unterzeichnet von den Herren Sinowjew, B. L. Khan und Kadel. Wir wollen ganz eindeutig erklären, daß wir das größte Mißtrauen gegen deren „interparteiliche“ haben, und daß wir uns eines Betruges an der Arbeiterklasse mißshuldig machen würden, wenn wir der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale dazu raten wollten, zugunsten dieser Herren abzustimmen.

Das Zentralkomitee der U. S. V. D. hat in seiner Antwort an die U. S. V. D. erklärt, daß es an der Schaffung einer aus den drei Parteien bestehende Kontrollstelle für die eingehenden Gelder mitwirken wolle. Das heißt ein sehr lautes Einlegenkommen an die kommunistischen Sonderblätter vor. Denn so groß auch unser Mißtrauen gegen die Herren in Moskau ist, so haben wir umgekehrt das volle Vertrauen zu der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, daß sie die von ihr veranstalteten Sammlungen der Arbeiterklasse im Sinne der Geber verwaltet wird, so daß eigentlich eine Kontrolle gar nicht notwendig wäre. Daß die Berliner Kommunistenführer auf dieses Entgegenkommen nicht eingegangen sind, beweist am deutlichsten, daß ihnen die Moskauer Befehle höher stehen, als die Solidarität der gesamten Arbeiterklasse.

Die Lohnbewegungen im Reiche

Die Aktion der Bergarbeiter — Aufforderung zur gewerkschaftlichen Disziplin

Im weiteren Verlauf der von den Bergarbeitern eingeleiteten Aktion zur Durchsetzung einer der eingetreteneu Teuerung entsprechenden Lohnzulage, erlassen die vier Bergarbeiterverbände, nämlich der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter Deutschlands, die polnische Berufsvereinigungen, Abteilung Bergarbeiter, und der Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter, Abteilung Bergarbeiter, einen Aufruf an die organisierten Bergarbeiter Deutschlands, in dem es u. a. heißt:

Kameraden! Die vier Bergarbeiterverbände haben für die Arbeiter aller Bergbauereviere Lohnhöhungen gefordert. Die Verhandlungen in Berlin am 18. August d. J. haben noch kein Ergebnis gezeigt. Die Schließung der Pöhne für alle Kameraden ist aber infolge der Steigerung der Lebenshaltungskosten unbedingt erforderlich. Die Organisationsleiter werden alles aufbieten, um die Lohnbewegung zu einem erfolgreichen und schnellen Abschluß zu bringen. In alle Kameraden und insbesondere an die gewerkschaftlichen Organisationsmitglieder ergeht der dringende Ruf, in dieser Lohnbewegung gewerkschaftliche Disziplin zu üben und sich nicht vorzeitig in Putzige und Unbesonnenheiten einzulassen. Einzig und allein die Beschlüsse und Anweisungen der Bergarbeiterorganisationen dürfen befolgt werden.

Die Aufforderung des Aufrufes zur gewerkschaftlichen Disziplin, zur ausschließlichen Befolgung der Anordnungen der Gewerkschaften ist nicht nur für die Bergarbeiter, sondern für die Gesamtheit der ganzen Arbeiterklasse außerordentlich beherrschend, weil die für solchen Zweck mehr noch als in anderen Fällen zur Führung der Arbeiterklasse völlig unerlässlich kommunistische Partei an verschiedenen Stellen bereits den Versuch unternimmt, die Lohnbewegung unter ihre Leitung zu bringen. Das geschieht meist durch Aufforderungen zu gleichzeitiger Gesamtlöhnbewegungen aller anderen Arbeitergruppen, eine Art, die von neuem zeigt, daß die führenden und die Parteien dinstehenden Vorgesetzten in der U. S. V. D. vom Wesen der gewerkschaftlichen Lohnbewegung nicht den düstern Schimmer haben. Wenn die gegenwärtige Bewegung der Arbeiterklasse Erfolge haben soll, so nur, wenn sie unter der Führung der gewerkschaftlichen Organisationen bleibt, und für die einzelnen Bereiche gesondert und nach den besonderen inneren Besetzen der einzelnen Produktionszweige durchgeführt wird. Geht die Arbeiterklasse andere Wege, so bringt sie sich selbst um den Erfolg, der wahrscheinlich ist, wenn sie gewerkschaftliche Disziplin übt.

Die Verhandlungen mit den Beamten

Wie wir hören, dürfte die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Organisationen der Beamten und Arbeiter erst im Laufe des heutigen Nachmittags stattfinden. Den Vorgesprächen wird eine Kabinettsitzung vorausgehen.

Die Bevölkerungszahl Englands. Die amtlichen Zahlen über die letzte Volkszählung vom 19. Mai d. J. ergeben für England mit Wales und Schottland eine Bevölkerung von 42 767 500 Seelen, davon 20 430 823 männlichen Geschlechts.

Der Film in der „Freiheit“

Eine Ankündigung

D. K. Mit Beginn der neuen Spielzeit steht in unserem Blatt eine gründliche Kontrolle aller Vorgänge auf dem Gebiet des Films ein. Der Film hat sich zu einem Kulturfaktor ausgemacht, der infolge seiner unerschöpflichen Wirkungsmöglichkeiten und der Anschaulichkeit seiner Darbietungen eine große Menschheit fesselt in Atem halten kann, als es dem nackten Wort der Theater und Bibliotheken möglich ist. Selbst die vom Schicksal Begünstigten, die über Zeit und Geld für andere Wissens- und Unterhaltungswege verfügen, schöpfen ihre Anregung und Belehrung fast nur noch vom Film, da dieser an ihre Denkmäler kleinere Anforderungen stellt und ihnen dabei doch einen lebhafteren Ausblick bietet als das anspruchsvolle Wort.

Man mag diese Wendung der Dinge bedauern oder nicht, ignorieren darf man sie nicht mehr, wenn man bedenkt, wie abhängig vom Film erst die breiten Volks- und Arbeitermassen sind, denen weder andere Unterhaltungsstätten noch auch Geld und Mühe dafür zur Verfügung stehen. Ein Kintopp ist überall da, und einzig und allein auf diesen sind sie angewiesen, wenn sie sich zertrennen und daneben zugleich Einblick tun wollen in die mannigfaltigsten Spiegelungen einer Welt, die ihnen ohne Vermittlung des Films verschlossen bleiben müßte. Und es ist nicht zu verkennen, daß der Film wie nichts außer ihm auch tatsächlich das Zeug dazu hat, den Gesichtskreis der Menschen — wenn auch vorläufig nur rein äußerlich — zu weiten. Nur sollten sich seine Lenker des rechten Weges — sagen wir beherrschender: überhaupt eines Weges bewußt werden! Daß sie es heute nicht sind, gar nicht sein können, liegt daran, daß die Filmindustrie zum großen, wenn nicht größten Teil von Leuten beherrscht wird, die von der Mühsal anderer Berufe als schiffbrüchige Parasiten ausgehütet, sich in den Strudel des schnell aufsteigenden Filmes hüften und hier mit Hilfe robuster Ellenbogen vor den Verzweigen die Herrschaft an sich reißen. Nun thronen sie mit lo wachstüm monararchischer Unerschütterlichkeit und Beharrlichkeit, daß sie den wertvollen Kräften, die sie zufallweise zur Mitarbeit heranziehen, nicht die berechnete Zurückhaltung einräumen, sondern höchstselbst immer alles besser wissen und allem den Stempel der eigenen Geschmackslosigkeit aufdrücken. Auf daß die unerbildeten, aufnahmefähigen Phantasie des Volkes, einmal an die Ausdrucksformen dieser Hirne gewöhnt, danach fortan wie noch unbedingter Knecht leude und der Tribat automatisch in den Sack der Jahrtausende hier! Sollte es nicht Mühe der Zeitungen sein, die Kritikfähigkeit ihrer Leser gegenüber dem Film zu schärfen? Leider aber ist die Filmkritik ein höchst trauriges,

vielleicht das traurigste Kapitel! Sie kommt aus nicht besserem Lager als die Monarchen des Films und leistet diesen die in Monarchien üblichen Handlangerdienste zur Zerföhrung und Ausbeutung des Volkes. So spiegelt sich im redaktionellen Filmtitel nicht nur das schwächere Antlitz der fetten Inzerte, es spiegeln sich darin für den Eingeweihten auch noch ganz andere Schemata. Es wird unsere Aufgabe sein, ab und zu auch in diesen Sumpf hineinzuweisen.

Unser Filmtitel wird unter dem Titel: „Der Film am Dienstag“ jeden Dienstag, nachmittags, erscheinen. Wir werden uns bemühen, nicht nur durch sogenannte negative Arbeit, wie Aufdeckung der Korruption und der Mißstände auf künstlerischem, wirtschaftlichem und hygienem Gebiet, sondern auch durch positive Hinweise auf die uns richtig scheinende Bahn zur Gründung des Films beizutragen und eine Luft zu schaffen, die den hinter unserm Organ stehenden Volksmassen besser bekommen wird als die Stickluft des Schundes.

Wer unsere Ankündigung als Kampfanfage ansieht, die sich gegen ihn richtet, der tuts mit Recht. Es sind aber gerade in letzter Zeit im Film Kräfte zum Durchbruch gekommen, die mit beherztstem Können und ernsthaftem Streben an einer würdigen Entwicklung des Films wirken. Diese Kräfte werden unsere Ankündigung als die Sympathieunterstützung eines Mitkämpfers begrüßen, der ihnen fördernd zur Seite stehen und ihren Weizen von der Spreu der anderen sondern wird.

Der Bildungsansatz U. S. V. D. Treptow-Baumhüttenweg veranlaßt am Freitag, den 26. August, in der Treptow-Straße keine 2. Vorführung wissenschaftlicher Filme. Aus dem Programm sei besonders hervorgehoben: Die Groß-Eisen-Industrie (Erzeugung in der Hütte, Hochofenprozess, Gewinnung des Rohstahls in der Saphire-Hütte in Weimar), Der Hirschfänger, Bei den Hantel-Regen in Jonatalafrika u. a.

Diese Veranstaltungen sind aufs wärmste zu begrüßen. Sie sind geeignet, den Film seiner eigentlichen und augenscheinlichen Bestimmung zuzuföhren. Auf dem Gebiete der Technik und der Naturwissenschaft und Naturbeschreibung sind dem Film ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten gegeben, die ihn zu einem hervorragenden Volkbildungsmittel machen. Da die gängige Filmindustrie diese Gebiete zugunsten des verlogenen Gesellschaftskritik und der spannenden Detektivromane vernachlässigt, ist es Pflicht aller derer, die die Bedeutung des Films für die Volksebildung erkannt haben, gerade diese Seite zu pflegen. Unsere Bezirks-Bildungsansätze föhnen das Beispiel der Treptower Genossen bald und häufig nachahmen.

Kipling als Filmdichter. Auch Rudyard Kipling, der berühmte englische Dichter, ist jetzt unter die Filmdichtsteller gegangen und hat einer amerikanischen Firma eine Reihe von Texten geliefert, die in Los Angeles in Kalifornien aufgenommen werden. Kipling hat sich zunächst über die technischen Grundlagen des Films genau unterrichtet und dann jede einzelne Szene ganz ausführlich beschrieben. Die von ihm hergestellten Manuskripte sind so eingehend, daß er allein 2000 Worte braucht, um eine Gekühde zu beschreiben, und auf Grund dieser Schilderungen sind in Los Angeles die einzelnen Schauplätze aufgebaut worden. Die Filmwerke spielen in dem Lieblingsland der kiplingischen Phantasie, in Indien. Der erste bereits vollendete Film führt den Titel „Oben Segen der Kirche“, der zweite, der jetzt aufgenommen wird, heißt „Das Lot der hundert Sorgen“.

Automobilverkehr in China. Vor etwa zehn Jahren gab es in ganz China nur in Peking eine für Automobile fahrbare Straße. Seither haben sich die Verkehrswege vollständig geändert. Heute zählt man innerhalb der Stadt bereits an dreißig wohlgepflegte Straßen. Und außerhalb der Stadt stehen 160 Kilometer guter Asphaltstraßen den Kraftautomobilen, die in wachsender Zahl in China eingeföhrt werden, zur Verfügung. Zwischen Peking und Langshan ist ein regelmäßiger Auto-Omnibusverkehr eingerichtet, und man ist derteil dabei, eine Autostraße zu bauen, die die Erweiterung des Dienstes bis Tientsin gestattet, das bereits mit der Hauptstadt der Provinz Baoing durch eine 160 Kilometer lange Automobilstraße verbunden ist. Weitere Straßen sind in Schantung angelegt worden, und ebenso rasch entwickeln sich die Dinge in der Wandschui. In normalen Zeiten verkehrt hier ein Omnibus zwischen Kalgan und Urga, der Hauptstadt der Mongolei, über eine Straße von 1250 Kilometer. Welchen Aufschwung der Automobilverkehr in China erlangt hat, erkennt man am besten, wenn man in Erinnerung bringt, daß kaum 15 Jahre vorangegangen sind, seit der italienische Tourist Luigi Bargini die berühmte erste Automobilfahrt zwischen Kalgan, Urga und Kiachin durch die Wüste Gobi unternommen hat. Im Jahre 1909 sind in China Automobile, hauptsächlich Erzeugnisse amerikanischer Fabriken, im Werte von 6 Millionen Dollars eingeföhrt worden.

Ein internationaler Tragödien-Wettbewerb. Der französische Theaterleiter Antoine ist von der Kommission aufgefordert worden, einen internationalen Wettbewerb für Bühnendichter zu veranstalten. Das zu fördernde Stück muß eine Tragödie sein und soll in einem eigens erbauten Freilufttheater in der Nähe des Gerdions während der Olympischen Spiele in Paris 1924 aufgeführt werden.

Künstlerische Notgeldweine. Die Stadt Jüstenwalde a. d. Spree gibt eine Serie neuer Notgeldweine heraus. Die Entwürfe stammen von Prof. Heinz Schiele, Würzburg. Sie stellen künstlerische Vorgänge, die Stadt Jüstenwalde betreffend, aus dem 13. bis 17. Jahrhundert in Schnitzschnitt von Jakob Wölff dar. Die Scheine sind eigenartig und künstlerisch hochstehend.

Die Erwerbslosigkeit ein Dauerzustand

Wie richtig unsere Parteigenossen im Reichstag das Wesen der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit eingeschätzt haben, zeigt sich jetzt. Die Durchführung der Sonderbeihilfen für die Dauererwerbslosen, eine Maßnahme, zu der die ersten Anträge von unserer Fraktion ausgingen, hat Gelegenheit gegeben, die Anzahl der Dauererwerbslosen und ihr Verhältnis zur Gesamtzahl genauer zu untersuchen. Diese Zahlen, die Dr. Krause im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht, sind erschreckend groß. Danach waren am 1. Mai 1921 von der Gesamtzahl der Unterfrühten mehr als ein Fünftel, nämlich 22,71 Prozent länger als 6 Monate arbeitslos. In absoluten Zahlen ausgedrückt stellt sich das Bild so dar, daß von 400 070 Unterfrühten 90 871 länger als ein halbes Jahr ohne Beschäftigung waren. Die Aufzeichnungen Krauses zeigten weiter, daß der prozentuale Anteil der länger als 6 Monate Erwerbslosen an der Gesamtzahl zum Ueberfluß beständig im Steigen begriffen ist. Länger als 6 Monate waren arbeitslos am 1. August 1920: 14,46 Prozent, am 1. November 1920 15,45 Prozent, am 1. Januar 1921 16,36 Prozent und am 1. März 1921 gar 19,37 Prozent.

Diese Zahlen machen klar, daß das Wesen des gegenwärtigen Erwerbslosenseinds nicht so sehr durch die absolute Höhe der Erwerbslosenziffern gekennzeichnet wird, sondern vielmehr durch die endlose Dauer der Erwerbslosigkeit. Das ist es, was dem gegenwärtigen Erwerbslosenseind einen unendlich drückenden Charakter gibt. Das wird noch deutlicher, wenn man die gegenwärtigen Erwerbslosenziffern vergleicht mit dem Umfang der Erwerbslosigkeit früherer Jahre. Die absolute Zahl der Erwerbslosen scheint nicht erheblich höher zu sein, als in früheren Jahren, denn die von den deutschen Gewerkschaften ermittelte Durchschnittszahl von Arbeitslosen zeigt Ende Juni 1921 3 Prozent, im Juni 1908 aber auch 2,9 Prozent, 1909 2,8 Prozent, 1913 2,7 Prozent und 1914 2,5 Prozent. Während jedoch frühere Wirtschaftskrisen, die ebenfalls große Massen von Arbeitern beschäftigungslos machten, verhältnismäßig schnell vorübergingen, während vor allem ihr Tiefstand, der durch die oben genannten Ziffern aus der Zeit vor dem Kriege gekennzeichnet wird, nur wenige Wochen andauerte, schleppt sich jetzt die Erwerbslosigkeit Wochen und Monate hin und bringt die Massen in einen geradezu unerträglichen Zustand der Verelendung.

Groß-Berlin zeigt besonders ungünstige Verhältnisse. Am 1. Mai 1921 empfingen hier 136 394 Personen Erwerbslosenunterstützung. Davon waren 43 914 oder 32,19 Prozent, also beinahe ein Drittel länger als 6 Monate ohne Arbeit. Der Anteil ist für Männer und Frauen fast gleich, denn von 106 332 unterstützten Männern gehörten 34 014 oder 31,98 Prozent und von 30 062 Frauen 8900 oder 29,63 Prozent zu den Dauererwerbslosen. 9308 Unterstützte oder 6,8 Prozent waren sogar mehr als ein volles Jahr arbeitslos.

Diese Zahlen reden eine überwältigende Sprache. Sie zeigen vor allem, daß mit der Sonderhilfe für Dauererwerbslose der rechte Weg beschritten wurde. Soweit dies irgend möglich ist, muß er auch weiterhin gegangen werden. Wozu aber zugleich bemerkt werden muß, daß auch die Erhöhung der Unterstützungssätze zu der Sonderhilfe für Dauererwerbslose gehört. Die gesamte Erwerbslosigkeit ist gegenwärtig ein Dauerzustand. Und es liegt auf der Hand, daß eine Familie wohl eine kurze Zeit, also dann, wenn die eintretende Erwerbslosigkeit ein schnell vorübergehender Zustand ist, mit einer geringeren Unterstützungseinnahme auskommen kann, ohne schwerere physische und sittliche Schäden zu erleiden. Je länger indes die Erwerbslosigkeit andauert, um so schlimmer müssen sich Verschuldung und körperliche wie sittliche Verelendung bemerkbar machen, um so notwendiger ist daher eine Erhöhung der Unterstützung. Daran zeigt sich auch, wie völlig verfehlt die Versuche sind, die Unterstützung nach einer bestimmten Karenzzeit aufhören zu lassen. Wer derartige Versuche macht, hat das Wesen der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit nicht verstanden und ihm ist das Studium der von Dr. Krause gemachten Aufzeichnungen besonders dringend zu empfehlen.

lassen. Wer derartige Versuche macht, hat das Wesen der gegenwärtigen Erwerbslosigkeit nicht verstanden und ihm ist das Studium der von Dr. Krause gemachten Aufzeichnungen besonders dringend zu empfehlen.

Gesundheits- und Wohlfahrtspflege

Hauptauschuß des preussischen Landtags.

Gestern trat der Hauptauschuß des preussischen Landtags zur Vorbereitung des Etats des Wohlfahrtsministeriums zusammen. Gen. Dr. Wehl vertrat die Forderungen unserer Partei auf Schaffung von Betrieben im Wohlfahrtsministerium. Allerdings müssen diesen Betrieben neben den eigentlichen Sachverständigen und Fachleuten auch Männer und Frauen aus dem Volke angehören. Die im Etat vorgezeichneten Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose in Höhe von 1 Million Mark seien bescheiden niedrig. Gen. Dr. Wehl beantragte diese Summe auf mindestens 3 Millionen zu erhöhen. Wenn die Tuberkulose bekämpft werden soll, müßten genügend Anhalten zur Verfügung stehen, um die Schwerverkranken abzulassen und die Leichtkranken sowie die Tuberkuloseverdächtigen rechtzeitig einer rationellen Behandlung zuzuführen. Statt dessen müssen vorübergehende Heilanstalten an Mangel an Mitteln scheitern. Grundbedingung für jede Forderung der Lungenerkrankten ist die endliche Einführung einer Anzeigepflicht. Ein dahingehender Gesetzesentwurf ist dem Landtag zu unterbreiten. Unser Redner trat weiter für den Abbau der Schulpflicht ein, ebenso für die obligatorische Einführung der Familienunterstützung für ganz Preussland. Weiter forderte unser Redner die Abschaffung der ärztlichen Ehrengerichtsbarkeit, und schloß mit der Aufforderung zur Sozialisierung der ärztlichen Tätigkeit.

Der Minister für Volkswohlfahrt, Ministerpräsident Stegerwald, antwortete sofort auf die Ausführungen unseres Redners. Die geforderte Zulassung von Laien zu den verschiedenen Betrieben, und zwar aus allen politischen Richtungen, wurde im weitgehendsten Maße zugesichert. Die Antwort auf die Einseitigkeit behält er den Spezialreferenzen vor. In der Nachmittagsverhandlung machte Frau Ege (S. P. D.) dem Ministerpräsidenten Vorwürfe, daß auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege so gut wie gar nichts ausgeführt worden sei. Sie versagte aber zu erwähnen, daß bis zu den Remonstranzen der Herr Stegerwald in einem sozialdemokratischen Ministerium, unter dem Präsidium ihres Genossen Braun, Wohlfahrtsminister gewesen ist. Im übrigen beklagte sie die ganz unzulängliche Stellung der Frauen im Ministerium, die ungenügende Finanzierung der Jugendfürsorge, die Mängel des neuen Hebammengesetzes u. dgl. mehr. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Parteitag der BAPD.

Zweiter Tag - Vormittag

Der Vorsitzende teilt bei Eröffnung der Sitzung mit, daß Kreislich als Delegierter der neuen sozialdemokratischen Section der 3. Internationalen eingetroffen ist und erteilt diesem das Wort zu einer Begrüßungsansprache. Kreislich polemisiert in seiner Rede scharf gegen die Einmischung deutscher amtlicher Vertreter in die innere Politik der sozialdemokratischen Republik und betont, daß die deutsche nationalstaatliche Agitation dort keinen Boden im Proletariat finde. Nach Verlesung eines kurzen Begrüßungsgrammes der italienischen kommunistischen Partei erhält das Wort der Vertreter der Moskauer Exekutive Koularoff. Er spricht russisch und wird kaum angehört. So daß der Vorsitzende wiederholt zur Ruhe mahnen muß. Die Rede wird dann übersetzt und belacht eigentlich nicht. Es geht aber daraus hervor, daß die Berliner Organisation am Vorabend eine Konferenz mit dem Vertreter Moskaus hatte, in welcher sie sich gegen die von Moskau erhobenen Vorwürfe wehrten. Koularoff verspricht die von der Berliner Organisation gemachten Darlegungen dem Exekutivkomitee zu unterbreiten und hofft, daß die Erklärungen der Berliner gestützt sind, ein besseres Verhältnis zur Exekutive zu schaffen. Koularoff gab außerdem seiner Freude Ausdruck, daß der Parteitag

mit den Opportunisten Schluss gemacht habe und beglückwünscht die Partei zu dem gefassten Beschluß auf Hinzuwinken der Mitglieder Gepp, Dimell und Waldemar.

Nachdem wird der politische Bericht der Zentrale entgegengenommen, der von Ernst Meyer erläutert wird. Meyer hält eine Rückschau auf die Tätigkeit der Partei seit dem Gründungsparteitag. Ein großer Fehler sei dadurch begangen worden, daß die Partei die ausgegebenen Lehren nie nachdrücklich genug vertreten habe. Außerdem seien viele Parolen, so die des „Offenen Briefes“ vielfach von den eigenen Organisationsfalsch verstanden worden. Schon früh habe sich innerhalb der Führung

der Partei eine verschiedene Bewertung der Situation gezeigt, die sich in der italienischen Frage besonders verfiel und schließlich zu dem

Schluss in der Zentrale

geführt habe. Die italienische Frage sei überdies in Deutschland falsch formuliert worden. Man habe es so dargestellt, als gälte es zu entscheiden über Massenpartei oder Sekte. Unverkennbar seien in der Partei letztere Tendenzen da und dort bemerkbar geworden, aber die Partei habe diese Auffassung abgelehnt. Meyer versucht mit viel Wortgewand die Reaktion zu verteidigen. Sie sei eine Abwehraktion gewesen und wenn gelegentlich von ihr als von der Offensive gesprochen wurde, so sei unter Offenbarung nicht Angriff, sondern Preisgabe der bisherigen Position und erhebliche Mäßigkeit zu verstehen. (Dunkel ist der Rede Inhalt. D. N. d. F.) Ueber die Kritik jener, welche bei der Reaktion passiv geblieben sind, könne man hinweggehen. Kritik könne nur von jenen geübt und berechtigt werden, welche am Kampfe teilgenommen hätten. (Daran scheitern sich die meisten sogenannten Führer der S. K. P. der Kritik weile zu enthalten. D. N. d. F.) Während Meyer dann Hülfe für seinen vor dem Gericht bewiesenen Mut Anerkennung sucht, betont er nachdrücklich, daß die Zentrale die Haltung des Vorhändlers Brandler — dessen hier übrigens zum ersten Mal gedacht wird — verurteile. Vollends verwerflich seien die Auslegungen, welche Brandler dem Begriff der proletarischen Diktatur gegeben habe. Mit dem gestrigen gesagten Schnitt glaubt Meyer die innere Debatte mit den Leni-Tendenzen erledigt. (Zwischenrufe zweifeln dies an und diese dürften im weiteren Verlauf des Kongresses Recht bekommen.) Meyer schließt in der zuversichtlichen Hoffnung, daß der Kongress zu einer Festigung der Partei führe.

Diskussion

Malachow-Berlin spricht im Namen der von der Opposition nach Moskau geschickten Delegation. Er legt, daß die Opposition in den Beschlüssen Moskaus eine Rechtfertigung ihrer Haltung erblickt. Mit der Annahme dieser Beschlüsse sei aber nicht zugleich die Sicherheit für deren Verwirklichung gegeben. Der Moskauer Kongress verlange eine vollständige

politische Umstellung in der Partei

doch sei zu bemerken, daß hierfür der notwendige Wille vorhanden sei. Malachow verpflichtet die von der Zentrale vorgelegte Resolution und meint, daß deren Phrasologie nur dazu diene, den inhaltlichen Widerspruch zu den Moskauer Beschlüssen zu verhüllen. Der Entwurf bringe keine Klarheit und keine notwendige Klärung könne unter keinen Umständen gefordert werden. Lenin und Trotski hätten in Moskau mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß man erst die Mehrheit des Proletariats hinter sich haben müsse. Die Sprache der „Roten Fahne“ gelegentlich der Märzaktion dürfe nicht fortgesetzt werden und mit den

verurteilten Parolen

müsse es ein Ende haben. Weiter verteidigt Malachow die Reichsgewerkschaftszentrale, gegen die von der Partei aus ein Kampf geführt werde.

Nachmittagsitzung

Thaelman-Hamburg kritisiert die Theoretikerkette in der Partei. Nach ihm spricht

Klara Zetkin

welcher verlängerte Redezeit gewährt wird. Sie meint im Gegensatz zum Vorredner, daß nach mehr um Theorien gekochten werden müsse als bisher. Aus einer unklaren Theorie sei der Praxis schädlich. Die von der Zentrale vorgelegte Resolution sei fehlerhaft, sowohl in dem, was sie ausgesprochen, wie in dem, was sie verschweige. Die Kritik an der Reaktion beschränke sich auf die rein organisatorischen Fehler, die so auch ein Fehler seien, sie behne sich dagegen nicht aus auf die ganze Einseitigkeit dieser Aktion, was unbedingt erforderlich sei. Von der jetzigen Zentrale sei eine Offensive-Theorie vertreten worden die im Einklang mit der Märzaktion stehe. In der von der Zentrale vorgelegten Resolution erblide auch Klara Zetkin eine falsche Auslegung der Moskauer Beschlüsse. Die Reaktion sei nur soweit ein Fortschritt als es sich um die Aktion der Arbeiterklasse selbst handle. Trotski habe den Siegesglauben des Proletariats nicht erschüttert. Er hat dazu die Notwendigkeit der Siegesvorbereitung gestellt. Es komme jetzt darauf an, daß sich der Kongress

eindeutig zu den Beschlüssen von Moskau bekenne

Es sei ein unlogischer Beschluß gemessen, daß die dritte Internationale nicht ausgeschlossen, nachdem sie doch keine Aufstellungen selbst übernommen habe. Als Klara Zetkin Paul Levi als hervorragende Kraft und einen eigenartigen Mann bezeichnet, erfolgt von den Delegierten Widerspruch, aber auch teilweise Beifall. So ungerade aber der Beschluß auch sei, so sehr wolle sie diesen als Parteimitglied achten. Zeitins Ausführungen werden mit starkem Beifall aufgenommen.

Nachdem spricht Ruth Fischer. Sie verteidigt mit feurigen Worten die Reaktion und beruft den Kongress durch einen ebenso großen Aufwand von Rhetorik wie Demagogie. Ihre Ausführungen haben eine scharfe Spitze gegen die Zentrale und den von Meyer erstatteten Bericht. Sie betont nachdrücklich, daß sie sich nicht der Illusion hingabe, die Parteiführung sei übermächtig, weil Paul Levi aus der Partei ausgeschlossen worden sei. Man habe bewußt aus dem ganzen grundsätzlichen Streit einen Fall Levi konstruiert. Von Klara Zetkin hätte man gerne ein offeneres Wort gehört.

Die deutsche kommunistische Partei

ist nicht auf dem Brimboriumsparteitag, sondern in den Kämpfen geschaffen worden, die wenige Monate zurückliegen. (Starker Beifall.) Werwürdigerweise verneint aber die Rednerin, daß sie die Theorie von der Offensive um jeden Preis vertreten habe. Sie schließt mit der Aufforderung, nicht in einer harmonischen Duselei von diesem Parteitag ins Land hinauszugehen. Die Massen in Deutschland verständen den Sinn der Offensive weit besser als die meisten anwesenden Delegierten. (Lang anhaltender Beifall.)

Nach Ruth Fischer folgt Brach, der aber sofort durch Lärm unterbrochen wird, als er von der Rednerin behauptete, sie habe mit großem Lungenaufwand gesprochen. Brach beschuldigt Ruth Fischer, daß sie fortgesetzt in Aufsätzen der „Internationalen“ die Theorie der Offensive verteidigt habe, aus der die Reaktion ihren Ursprung ableite. Die von Ruth Fischer propagierten Ideen seien nicht nur zum Schaden der kommunistischen Partei, sondern zum Schaden der deutschen Arbeiterbewegung geworden. Der Moskauer Kongress habe hieraus die Folgerungen gezogen, aber die Partei hätte dies schon vor dem Moskauer Kongress ebenfalls selbst ziehen müssen. Es müsse klar und offen gesprochen werden. Nach einigen rein geschäftlichen Mitteilungen erfolgt hierauf Vertagung auf Mittwoch.

Der „Duisburger Volkswille“ verboten. Die Internationalisierte Behörde hat als gestern das Organ der Sozialdemokratischen Partei, den „Volkswille“, verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels über die Aufhebung der Sanktionen. In diesem Artikel stand, daß Duisburg noch 10 000 Mann Besatzung habe. Im Anschluß daran wurde dann über die brüderlichen Verhältnisse geschrieben, welche die fortwährende Besetzung dem Rheinlande und Deutschland auferlegt wird.

Der neue polnische Gesandte in Berlin. Nach einer Havas-Meldung aus Warschau ist Radzicki zum polnischen Gesandten in Berlin ernannt worden.

Flugabwehrkräfte in Frankfurt a. M. Die Frankfurter Kriminalpolizei ist umfangreichen Dienstleistungen bei der Flugabwehrung auf dem dortigen Hauptbahnhof auf die Spur gekommen. Es wurde festgestellt, daß Zigarettenkassenscheine in einem Gesamtwert von 425 000 M. unterschlagen wurden. Auch weiteren Dienstleistungen bei der Flugabwehrung ist man auf die Spur gekommen, so daß die fortgeführten Dienstleistungen bei Bahnbeförderungen aufhören dürften. Im ganzen wurden 13 Personen in Haft genommen.

Ludwig Pfau

Am 26. August werden es hundert Jahre, daß einer der besten politischen Dichter Deutschlands geboren wurde. Ludwig Pfau, ein Schüler des am 18. März 1819 in den vorberghen Bergen der Knechtstedenkampfer von 1819/20, wurde wegen Bedrohung der langjährigen Justizbeamten verurteilt, dem er aber durch Flucht in die Schweiz entging. 1848 kam er wieder nach Deutschland zu ihm, wo er sich an dem Kampf der schwebischen Demokratie gegen die bismarckische Politik beteiligte. Er starb 1894 in Stuttgart. Das nachstehende Gedicht zeigt ihn auch als tiefseelenden, sozialer Dichter.

Der Leineweber

Der bleiche Weber sitzt am Stuhl,
Er wirft mit matter Hand die Spul' —
Knd, knad! —
Er hebt den müden Fuß zum Treten: —
„Herr Gott! Jetzt kann ich nimmer beten —
Knd, knad! —
Du Linnentuch, Du Linnentuch!
Ein jeder Faden sei ein Fluch!“
Es weht und weht sein morscher Leib,
Am Boden liegt sein sterbend Weib —
Knd, knad! —
Die Not sitzt bei ihr, sie zu pflegen,
Der Hunger gibt ihr noch den Segen —
Knd, knad! —
Du Linnentuch, Du Linnentuch!
Ein jeder Faden sei ein Fluch!
Der erste Fluch für unsern Herrn!
Huffal! Da springt mein Schifflein gern —
Knd, knad! —
Er darf am vollen Tische lungern,
Wenn wir am Weibstuhle verhungern —
Knd, knad! —
Du Linnentuch, Du Linnentuch!
Ein jeder Faden sei ein Fluch!
Und einer für den Pfaffen fleisch,
Der uns verspricht das Himmelreich —
Knd, knad! —
Wir lassen Herzen und verdarben,
Das heißt, die Seligkeit erwerben —
Knd, knad! —
Du Linnentuch, Du Linnentuch!
Ein jeder Faden sei ein Fluch!

Der Faden hier sei dem verehrt,
Der Augen uns statt Brot beschert —
Knd, knad! —
Dem hohen Herrn von Gottes Gnaden:
O, werd' ein Strich du schwacher Faden! —
Knd, knad! —
Du Linnentuch, du Linnentuch!
Ein jeder Faden sei ein Fluch!

Die Lampe, wie sie plöcklich loht!
Gottlob, mein Weib, nun bist du tot —
Knd, knad! —
Das ist der Tod in unserm Leben,
Dah wir das Bahrtuch selber weben —
Knd, knad! —
O könnt' ich weben Fluch um Fluch,
Der ganzen Welt ein Leichentuch!

Eine zeitgemäße Erinnerung. 1816—1921. Die heutigen Zustände erinnern in vieler Hinsicht an die nicht minder furchtbaren Folgen, die sich nach dem Zeitraffer der großen napoleonischen Kriege einstellten. Ein schlagernder Beweis dafür ist ein Flugblatt von 1816 mit Zeichnungen von Cruikshank, das in einem Londoner Blatt wiedergegeben ist. Unter dem Titel „Klagen der Zeit“ werden hier angeführt: Verfall des Handels, Not der Fabrikanten, ungeheure Lasten der Kriegssteuern, Riesengewinne der Zwischenhändler, die Schäden des Umlaufes von Papiergeld, 500 000 Erwerbslose, die der Allgemeinheit zur Last liegen, das indiskrete und brutale Vorgehen der Steuererheber, Schwäche und Verfallendungsucht der Regierung. „Das waren die Früchte des Sieges von 1816“, bemerkt dazu die Zeitung, „sind die nun 1921 besser?“

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ morgen, Donnerstag früh, beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Selma Lagerlöf: Der Luftballon (Schluß). — Hellmuth Falkefeld: Jakob Friedrich Fries. — Felix Dufay: Wie die drahtlose Telegraphie eigentlich „geht“. — J. Frank: Die ersten deutschen Zeitungen. — E. W. Neumann: Das Schicksal in der Tierwelt. — Mutter und Kind.

Tages-Notizen

Das Schiller-Theater Charlottenburg eröffnet seine Winter-Spielzeit (23.) am Donnerstag, den 24. August, mit einer Neuinszenierung von Wiers „Kose“. Friedrich Döde hat unter Führung seiner Klavierleitung im Künstlerischen Musikklub die ihm anvertraute Direktion des „Volkstheater des Nordens“ übernommen. Er hat als Spielleiter des „Neuen Volkstheater“ nach dem Vorbild von Hans Böhm einen größeren Musikantenkreis angeworben. — Fritz Höpfer wird auch in diesem Jahre am „Berliner Theater“ tätig sein. Die dreimonatliche Spielzeit beginnt Mitte September.

